



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

3/XIV/93 - 24. April 1959

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24884 - 88  
Fernschreiber 0896890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Der Westen blickt auf uns Wo bleiben die deutschen Vorschläge?	47
2	Entsetzen über Bundeskabinett Niedergeschlagenheit im Bonner A-A nach dem Strack-Prozeß	25
2	Warum regt sich jetzt niemand auf? Sonntagsarbeit in NRW unter CDU-Regierung keine "Enteignung"	23
3	Hitlers Reichsjustizminister erhält monatlich 2010 DM Pension "Fall Schlegelberger" - Skandal von Bundesjustizminister jetzt bestätigt	44
4 - 5	Wahlen in Algier Die genauen Ergebnisse und ihre politische Bedeutung Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	93
6	<u>Das Minuten-Interview:</u> NSB Richard Reitzner zur Kontroverse Österreich - Italien im Europarat	29
	x x x	
	<u>Anhang: Ein Zeitdokument - Briefwechsel zwischen Prof. G. Gollwitzer und Außenminister Repack.</u>	274

\* \* \*  
\* \*

Der Westen blickt auf uns

G.M. Alle Informationen aus Washington und London bestätigen, dass sich die westlichen Alliierten bis heute noch nicht auf ein gemeinsames Verhandlungsprogramm einigen konnten, das sie am 11. Mai auf der Genfer Ausserministerkonferenz der Sowjetunion vorlegen könnten. Das ist sehr schlimm, denn seit dem Berlin-Vorstoss der Sowjets, mindestens aber seit den letzten Reden Chruschtschows musste der Westen wissen, dass es nicht genügen kann, sich im Negativen zu einigen, das heisst, für die kommenden Verhandlungen nur das herauszustellen, was man ablehnen will.

Dabei haben die Westmächte auf der Dezembertagung der NATO in Paris selbst feierlich beschloesen, sie wollten das Deutschland-Problem und das Problem der europäischen Sicherheit im Zusammenhang mit der Berlin-Frage auf den Verhandlungstisch bringen. Damit übernahmen die Westmächte die gemeinsame Verpflichtung, ihre Proklamation mit einem politischen Inhalt zu erfüllen. Das war hoffnungsvoll. Was sich heute uns darbietet, ist erschreckend, ist das Eingeständnis der politischen Phantasielosigkeit. Inzwischen rechnen sich nämlich die Generale und Kriegsminister beider Seiten die wachsende Anzahl der ihnen zur Verfügung stehenden Raketen-Abschussbasen vor ...

Es erhebt sich die Frage, wer der Verantwortliche für dieses nun sichtbar werdende Dilemma ist. Man weiss aus Washington und London, dass sowohl die amerikanische als auch die britische Regierung bis zur Stunde bemüht gewesen sind, die deutschen Vertreter in der Viermächte-Arbeitsgruppe davon zu überzeugen, wie dringend notwendig es sei, konkrete deutsche Vorschläge zur Überwindung der latenten Ost-West-Spannung zu entwickeln.

Von deutscher Seite selbst konnte man nichts darüber erfahren, ob Adenauer und seine unmittelbare Gefolgschaft bereit wären, diesen anglo-sächsischen Vorstellungen entgegen zu kommen. Mehr als ein Anzeichen deutet darauf hin, dass dies nicht der Fall ist. Adenauer hat zwar in seiner letzten Rundfunkrede indirekt den Engländern vorgeworfen, sie verzichteten darauf, ihre Entspannungsvorstellungen zu konkretisieren. Er sagte an die Adresse Macmillan gerichtet:

"Ich habe gerade jetzt noch einmal sehr sorgfältig nachprüfen lassen, ob jemals von Seiten Grossbritanniens ein präziser Vorschlag - und nur über präzise Vorschläge kann man sich unterhalten - gemacht worden ist. Ich habe festgestellt, dass dieses Thema immer nur sehr vage erwähnt worden ist, so dass eine Diskussion hierüber noch gar nicht möglich war."

Wenn man jetzt dieses Wort Adenauers den deutschen Vertretern in der Viermächte-Arbeitsgruppe mit dem Hinweis darauf vorgehalten hat, wo denn die präzisen Vorschläge der Deutschen geblieben seien, dann könnte nach dem jetzigen Stand der Dinge - die Antwort nur "Caednabbia" gelauret haben. Dort spielt der Kanzler Kugeln.

Es wäre verheerend für uns Deutsche, wenn in dieser Situation, da alles zu Entscheidungen auf lange Sicht drängt, die Starrheit des Denkens eines alten Mannes die deutsche Politik weiter bestimmen sollte. Unsere Freunde im Westen blicken auf uns; sie erwarten von uns eine Initiative.

Entsetzen über Bundeskabinett

sp - Die Tatsache, daß das Bundeskabinett am Donnerstag dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Professor Hallstein, und den Botschafter der Bundesrepublik in Frankreich, Blankenhorn, nach dem Urteil im Strack-Prozess nicht sofort den Laufpass gegeben hat, führte in Kreisen der höheren Beamten des Bonner Auswärtigen Amtes zu Entsetzen und zu einer tiefen Niedergeschlagenheit. Uns ist bekannt, daß man dort erwartet hatte, Hallstein werde nach dem Prozess "die Konsequenzen ziehen" und mindestens zur Vorbereitung seines Abschiedes aus dem aktiven Dienst einen längeren Urlaub antreten. Auch das Verhalten des Botschafters Blankenhorn und eine von ihm bereits nach Paris durchgegebene Meldung, er werde wiederkommen, hat äußerste Bestürzung ausgelöst. Diplomaten und Beamte von hohen Qualitäten lassen keinen Zweifel darüber, daß das Verhalten der unmittelbar beteiligten Personen, Hallstein und Blankenhorn, sowie die Ergebnisse der Kabinettsberatungen über den ganzen Fragenkomplex des Strack-Prozesses in den Hauptstädten der befreundeten Nationen, besonders aber in den Außenministerien, die deutsche Diplomatie in Mißkredit bringen muß. Man weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Blankenhorn von Adenauer gestützt wurde und noch wird und daß Hallstein als Präsident der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auch ohne den Verlauf des Strack-Prozesses kein allzu hohes Ansehen genießt. Wenn man ihn jetzt - nach dem Prozeß - in Luxemburg bescheinigt habe, er sei "persona grata", so wisse doch jeder Eingeweihte, daß es sich hierbei mehr um eine Formsache handele, als um eine Aufforderung, den Posten in vollem Umfange wieder zu übernehmen.

+ + +

Warum regt sich jetzt niemand auf?

sp - Der nordrhein-westfälische Arbeits- und Sozialminister Ernst hat für die kontinuierlich arbeitenden Betriebe der eisenschaffenden Industrie die Sondergenehmigungen für die durchlaufende Arbeitswoche ohne Änderung bis zum 31. Oktober verlängert. Von dieser Genehmigung sind 17 Betriebe der eisenschaffenden Industrie mit etwa 114 000 Beschäftigten betroffen, von denen jeweils 25 000 auch an Sonntagen beschäftigt sein werden. Wir halten die Verlängerung dieser Genehmigung für vernünftig, zumal sich Unternehmer und Gewerkschaften und die Belagschaften der Betriebe im Einvernehmen mit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen damals auf diese Regelung verständigt hatten. Doch eines fällt uns auf. Die Meldung von dieser Verlängerung geht ohne Kommentar durch die Zeitungen. Man kann wohl kaum annehmen, daß alle Organisationen und politischen Gruppen, die sich zur Zeit der Regierung Steinhoff und des Sozialministers Hemmerl über dieses Arbeitszeitabkommen und die "Entheiligung" des Sonntags aufregten und ankündigten, daß eine Regierung unter christlicher Verantwortung dieses Abkommen wieder aufheben und die Genehmigung nicht mehr erteilen würde, die Meldung übersehen haben. Es ist nicht anzunehmen, daß nunmehr grössere Einsicht obwaltet als zu damaliger Zeit. Der Unterschied zwischen damals und heute ist lediglich, daß Sozialdemokraten in der nordrhein-westfälischen Regierung sassen, die man als "Atheisten" auffamieren wollte, aber heute maßgeblich die CDU. Sie regiert nun fast ein Jahr!

+ + +

Hitlers Reichsjustizminister erhält monatlich 2010 DM Pension

U.D. Offiziell hat der Bundesjustizminister bestätigt, dass der 1941 und 1942 als geschäftsführender Reichsjustizminister tätig gewesene Dr. Franz Schlegelberger eine monatliche Pension von 2010,78 DM netto (und wieviel brutto?) als Staatssekretär a. D. erhält. Damit dürfte er an der Spitze der Besoldungsskala der von der Bundesrepublik alimentierten NS-Funktionäre stehen.

Obwohl der Bundesregierung mindestens seit 1956 bekannt war, dass Schlegelberger der Mittäterschaft an der Ermordung des polnischen Bürgers jüdischen Glaubens Markus Luftglass hinreichend verdächtig ist, befand sie es nicht für notwendig, davon die Strafverfolgungsbehörden zu benachrichtigen.

Die verantwortlichen Beamten, denen nach der Anfrage der SPD vom 17. März 1959 die Fundstelle des Schlegelberger-Briefes betr. Luftglass vom 29. Oktober 1941 ungenügend gegenwärtig war, werden völlige Unkenntnis zeitgeschichtlicher Literatur wie überhaupt der deutschen Nachkriegsgeschichte vortäuschen müssen, wollen sie sich nicht dem Verdacht der Begünstigung aussetzen.

Inzwischen wird das Geld der Steuerzahler an den der Mittäterschaft an einem Mord Verdächtigen weiterfließen. Vielleicht ordnet der Ermittlungsrichter Untersuchungshaft an, was aber die Weitergewährung der Ruhegehaltsbezüge nicht berühren würde. Von der Einleitung eines förmlichen Dienststrafverfahrens nämlich schreibt der Bundesjustizminister nichts. Die Bundesdisziplinarordnung gibt die Möglichkeit, das Verfahren auch dann einzuleiten, wenn eine strafrechtliche Verfolgung droht; ist letztere bis zur Erhebung der öffentlichen Klage durch den Staatsanwalt gediehen, so muß das Disziplinarverfahren zu diesem Zeitpunkt ausgesetzt werden. Die Flensburger Ermittlungen der Justizbehörden sind keine Entschuldigung für die Bundesregierung, mit der Einleitung des Disziplinarverfahrens unverständlich lange zu warten.

Der Bundestag hat sich redliche Mühe gegeben, für solche Fälle vorzusehen. Ausdrücklich sind die Vorschriften der Bundesdisziplinarordnung auch auf die Pensionäre aus dem 131er-Gesetz erstreckt worden. Die nach der Disziplinarordnung zulässige vorläufige Einbehaltung der Bezüge bis zu einem Drittel ist durch das Ergänzungsgesetz vom 5. August 1955, die sogenannte "Lex Schröder", um die Möglichkeit vergrößert worden, die Zahlungen in voller Höhe einzubehalten, bis entweder ein Gericht oder die Disziplinarkammer gesprochen hat. Der Bundestag hat das mit den Stimmen selbstverständlich auch der CDU getan; denn alle Fraktionen waren sich einig, es dem Volke zu ersparen, das Geld für einen großzügigen Leberwandel dorer aufbringen zu müssen, die Schuld an Deutschlands Unglück tragen.

Die Bundesminister Schäffer und Schröder indessen scheinen taube Ohren für das zu haben, was das Parlament auch mit den Stimmen ihrer Fraktion beschlossen hat. Sie kürzen nicht einmal um ein Drittel!

## Wahlen in Algier

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Militärische Grossaktionen und blutige Sprengstoffanschläge in Algier und Oran waren der Auftakt zu den algerischen Gemeindewahlen, in welchen Franzosen und Algerier zum erstenmal formell gleichberechtigt waren. Die Wahlen wurden diesmal nicht nur von algerisch-nationalistischer Seite, sondern auch von den europäischen Extremisten boykottiert; als Protest gegen die wahltechnische Gleichberechtigung und gegen die gleichzeitige Verweigerung einer sofortigen und restlosen "Integration" Algeriens.

In Algier blieben 56 Prozent der eingeschriebenen Wähler den Urnen fern, in Setif 63 Prozent. In den anderen Städten waren die Stimmenthaltungen "normal".

Das politische Bild Algeriens ist grundverschieden von dem Frankreichs. Alle politischen Parteien sind mit verschiedenen Schattierungen für die "Integration", bekennen sich zum Maiputsch und stehen, von verschiedenen Nuancen abgesehen, in Rechtsopposition zu de Gaulle.

Betrachten wir das Wahlergebnis in Algier. Nach amtlicher Meldung sieht es folgendermassen aus:

Wahlberechtigt: 392 529  
Wahlbeteiligung: 44 %  
Gültige Stimmen: 156 131

"Front National" (Lambert) (offen antirepublikanische Faschisten)	14 Sitze
UNR (Gaullisten)	14 Sitze
"Algérie Française"	13 Sitze
"Défense"	8 Sitze
"Union" (Pullicino)	5 Sitze
"Integration" (General Gaultier)	2 Sitze
Verschiedene andere Listen	<u>19 Sitze</u>
	75 Sitze

Was verbirgt sich hinter diesen Ziffern?

1. Die stärkste Partei ist wie gesagt die des Boykotts, zu dem die rechtsextremistischen Verbände, "Front National" unter der Führung von Ortiz, "Jeune Nation" und die "Nationalistische Studentenbewegung" aufgerufen hatten. Alle diese Organisationen treten offen für einen neuen Maiputsch gegen das gaullistische Regime ein, das sie als "demokratisch verrottet" und "kryptokommunistisch" bezeichnen. Auch der Chef der stockreaktionären und übrigens verbotenen "Vereinigung der Franzosen Nordafrikas," Boyer-Banse, gab die Boykottparole aus. Wenn man auch annimmt, dass viele Franzosen nicht diesen Parolen zufolge, sondern aus Unentschlossenheit und Müdigkeit zu Hause blieben, ist die Höhe der Stimmenthaltungen doch bemerkenswert, nachdem General Massu, der Oberkommandierende von Algier, ausdrücklich gewarnt hatte: "Wer sich der Stimme enthält, ist ein Verräter, Übt Verrat vor allem an der Armee".

2. Andere faschistische Verbände, die den Boykott-Extremisten nahe-  
stehen, haben es vorgezogen, sich auf den Boden der Tatsachen zu  
stellen und die legalen Möglichkeiten auszunützen. - 5 -

Das gilt vor allem für die "Nationalfront für Integration und Brüderlichkeit", in der unter der Führung von Universitätsprofessor Lambert, folgende Organisationen zusammengeschlossen sind: die "Volksbewegung des 13. Mai" (abgekürzt "MP 13" unter Führung von R. Martel, "die Ständestaatsbewegung" des Dr. Lefèvre, die Poujadisten, die "Universitäts-Bewegung für Aufrechterhaltung der französischen Souveränität in Algerien", der "Studentenverband" und der "Schülerverband". Alle diese Organisationen sind offen faschistisch und antirepublikanisch. (14 Sitze).

3. Die "Bewegung Algérie Française" unter Führung von Gardel unterscheidet sich von den vorgenannten nur durch ein platonisches Bekenntnis zur "Republik". (13 Sitze).

4. Gehen wir weiter von der extremen Rechten zu den "gemäßigeren" Rechtsfraktionen, so stoßen wir zunächst auf die von General Gaultier geleitete Gruppe "für französische Integration"; de Gaulle soll "aufgefordert" werden, das Zauberwort "Integration" auszusprechen. (2 Sitze).

5. Unter den "verschiedenen anderen" Listen (19 Sitze) finden wir eine "Nationale und Soziale Aktion gegen jedes Kompromiß mit Defaitismus und Verrat" und eine "Union für Französisch-Algerien".

6. Die "Union" des früheren Gemeindebeamten Pullicino gilt bereits als "liberal", weil sie der Meinung ist, die "Integration" müsse von den Algeriern wirklich gewünscht werden und dürfe "nicht durch Gewalt erzwungen" werden. (5 Sitze).

7. Auch die Liste "Défense" des ehemaligen Fallschirmjäger-Oberstleutnant Benchetrit gilt schon als "gemäßigt", weil sie dem General de Gaulle "Vertrauen" zur Durchführung der "Integration" gewährt. (8 Sitze).

8. Am "linken" Flügel dieser sonderbaren Gesellschaft befindet sich schließlich die gaullistische UNR, einmal weil sie sich offen zur "Republik" bekennt und zweitens, weil sie sich auf de Gaulle, allerdings auch auf Premierminister Debré beruft. Das gilt in Algerien heute schon als "gewagt". Diese algerische UNR ist allerdings auch ausdrücklich gegen Friedensverhandlungen mit den algerischen Nationalisten.

9. Zur Abschluß soll noch erwähnt werden, daß die SFIO in einem einzigen Bezirk von Algier kandidierte, unter dem Titel "Demokratische Union für Brüderlichkeit, Wohlstand und Freiheit", sich gegen "Integration", aber auch gegen "Unabhängigkeit" Algeriens aussprach, und nur 987 Stimmen und keinen Sitz erhielt.

In den anderen algerischen Städten haben sich verschiedene "liberale" Listen besser durchgesetzt. In Pariser Regierungskreisen zeigt man sich mit diesem Ergebnis zufrieden. Man erwartete offensichtlich nicht, daß die Gaullisten so "viele" Stimmen halten würden. Die Stimmentaltungen versucht man zu bagatellisieren. Wenn man diesen Zweckoptimismus nicht kuldigen wollte, könnte man allerdings sehen, daß in Algier die absolute Mehrheit der Wahlberechtigten den Parteien der Extremfaschisten Folge geleistet hat und daß die übrige europäische Wählerschaft vorwiegend für verschiedene Strömungen der Maiputschisten gestimmt hat, von welchen die UNR oben nur eine Fraktion darstellt.

Das Minuten-Interview:

MdB Richard Reitzner

Zur Kontroverse Österreich-Italien im Europarat

SPD-Pressedienst: Herr Abgeordneter Reitzner, Sie beschäftigen sich schon seit vielen Jahren mit dem Problem der europäischen Minderheiten. Wie beurteilen Sie die letzten Vorkommnisse im Europarat in Straßburg, wo der österreichische Außenminister Figl wegen einer italienischen Intervention seine Rede unterbrechen mußte, ohne das Problem Südtirol ansprechen zu können.

MdB Richard Reitzner: Ich kann begreifen, daß der österreichische Außenminister versucht, das Interesse der Mitglieder des Europarates auf die Südtirol-Frage zu lenken. Meiner Auffassung nach wird Südtirol ein Prüfstein europäischer Beziehungen werden. Bekanntlich existiert ein Vertrag zwischen Österreich und Italien vom November 1946, wonach Südtirol die Autonomie zugesagt worden ist. Der Sinn dieses Vertrages war die Bewahrung des ethnischen Charakters Südtirols. Den deutschsprachigen Einwohnern der Provinz Bosen wird in diesem Vertrag volle Gleichberechtigung mit den italienisch sprechenden Einwohnern im Rahmen besonderer Maßnahmen zugesichert. Leider haben sich die berechtigten Erwartungen der Südtiroler nicht erfüllt. Zur nationalen Bedrängnis gesellt sich die soziale Not. Die Lage der Arbeiter, Handwerker und der Angestellten ist verzweifelt schwierig. Die städtische Bevölkerung Südtirols geht im Meer der italienischer Zuwanderer unter. Die südtiroler Jugend muß in die Fremde, da es für sie in der Heimat keinen Arbeitsplatz gibt. Aber auch die Bergbauern werden immer höher an die Hänge der Berge gedrängt.

Es ist erstaunlich und bedauerlich, daß die seit vielen Jahren die Regierungsgeschäfte leitenden christlich-demokratischen Staatsmänner in Italien und Österreich trotz vieler gegenseitiger Versicherungen, die europäische Gemeinschaft zu wahren, in dieser praktischen Frage europäischer Politik bis zum heutigen Tage keine befriedigende Lösung gefunden haben.

+ + +  
Verantwortlich: Günter Markscheffel

Ein Zeitdokument

Briefwechsel zwischen Prof. H. Gollwitzer und Aussenminister Rapacki.

Bedauerlicherweise haben nur wenige Zeitungen in der Bundesrepublik den Briefwechsel zwischen Professor Gerhard Gollwitzer und dem polnischen Aussenminister Rapacki ausführlich veröffentlicht. Dieser Briefwechsel ist ein Zeitdokument, das gerade vor der Genfer Aussenministerkonferenz grösste Beachtung verdient. Aus diesem Grunde veröffentlichen wir den vollen Wortlaut des Dokumentes. D.Red.

Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart, 2. Februar 1959

An  
Seine Excellenz  
den Aussenminister der Volksrepublik Polen  
Herrn Adam Rapacki

W a r s c h a u

Ew. Excellenz !

Viele Angehörige der geistigen Berufe in der Bundesrepublik Deutschland sind von tiefer Sorge erfüllt über die Fortdauer des allgemeinen Wettrüstens. Sie begrüßen jeden Schritt, der geeignet erscheint, die Verständigung zwischen den Völkern und die internationale Abrüstung zu erleichtern. Sie sind an einer politischen Entspannung umso mehr interessiert, als sie wissen, daß unser Volk getrennt bleibt, solange die Welt von militärischen Interessen beherrscht wird.

Daher hat der von Ew. Excellenz am 2. Oktober 1957 vor der UNO entwickelte Plan zur Bildung einer atomwaffenfreien Zone im Herzen Europas in weiten Kreisen der westdeutschen Intelligenz lebhaften Widerhall gefunden. Wir sind davon überzeugt, daß Ihr Plan in der modifizierten Form, in der Sie ihn in Oslo in einem vor Studenten gehaltenen Vortrag und am 4. November 1958 auf einer internationalen Pressekonferenz vertreten haben, erhöhte Beachtung und Aufmerksamkeit verdient.

Es dürfte Ew. Excellenz bekannt sein, daß die derzeitige Bundesregierung befürchtet, daß der von Ihnen propagierte Plan Risiken in sich schließt, die sie im Interesse der Sicherheit unseres Landes nicht auf sich nehmen könnte. Unseres Erachtens wäre es für eine sachliche und kritische Erörterung Ihres eindrucksvollen Planes in der Bundesrepublik von großem Vorteil, wenn Sie die Güte hätten, durch Beantwortung nachstehender Fragen zur weiteren Klärung beizutragen:

1. Nach Ihren Vorschlägen, die in ihrer jüngsten Form in zwei Etappen verwirklicht werden sollen, müßten Polen, die CSR, die DDR und die Bundesrepublik Deutschland sich verpflichten auf eine atomare Ausrüstung der eigenen Streitkräfte zu verzichten, fremde Truppen, die mit Kernwaffen ausgerüstet sind, auf ihrem Territorium nicht zu dulden und ihre konventionellen Streitkräfte zu verringern. Was hätten Sie auf die in der Bundesrepublik und in den USA laut gewordenen Bedenken, daß durch ein solches Abkommen die Staaten der NATO gegenüber den Staaten des Warschauer Paktes militärisch benachteiligt würden, zu entgegnen?
2. Wie denken Sie über den Einwand, daß eine regionale atomwaffenfreie Zone illusorisch sei, noch illusorischer als eine neutrale Zone, weil es in einem modernen Krieg für eine atomwaffenfreie oder neutrale Zone keinen Schutz gebe?

Anhang

SPD-Pressedienst  
P/XIV/92

- 2 -

24. April 1959

3. Wäre die Volksrepublik Polen damit einverstanden, daß - entsprechend dem Vorschlag der englischen Labour Party - auch die Volksrepublik Ungarn, sofern sie sich dazu bereit fände, ohne westliche Gegenleistung in die atomwaffenfreie Zone einbezogen würde?
4. Glauben Sie oder haben Sie konkrete Anhaltspunkte, daß weitere westliche oder östliche Länder früher oder später bereit wären, dem Beispiel der von Ihnen zunächst angesprochenen vier Länder zu folgen, so daß sich der atomwaffenfreie Raum in Europa schrittweise ausdehnen würde?
5. Sie haben für die Verwirklichung Ihres Planes in beiden Etappen geeignete Kontrollmaßnahmen vorgesehen. Sind Sie davon überzeugt, daß dieses Kontrollsystem so zuverlässig funktionieren würde, daß eine Vertragsverletzung in jedem der beteiligten Länder ausgeschlossen ist?
6. Halten Sie es für wünschenswert und möglich, daß sich bei der Verwirklichung der atomwaffenfreien Zone die JWC einschaltet und bestimmte Garantien übernimmt?
7. Ew. Excellenz ist bekannt, daß die Bundesrepublik Deutschland die DDR nicht als selbständigen Staat anerkennt, sondern sich allein als rechtmäßige Nachfolgerin des Deutschen Reiches betrachtet. Glauben Sie, daß die in einer Note vom 15. Februar 1958 von der polnischen Regierung zur Umgehung der erwähnten Schwierigkeiten vorgeschlagene einseitige Beitrittserklärung eine völkerrechtlich unangreifbare Lösung darstellt, die alle Besorgnisse der Bundesrepublik bezüglich einer dadurch bedingten Anerkennung der Spaltung Deutschlands gegenstandslos macht?
8. Würde die von Ihnen vorgeschlagene atomwaffenfreie Zone nach Ihrer Ansicht einen Friedensvertrag mit Deutschland und die Wiederherstellung der deutschen Einheit erleichtern und inwiefern?
9. Glauben Sie, daß die Bildung einer atomwaffenfreien Zone geeignet wäre, die politischen Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland zu verbessern und den gegenseitigen Güteraustausch sowie die kulturellen Kontakte zu intensivieren?

Die von Ihnen angeregte und propagierte Bildung einer atomwaffenfreien Zone im Herzen Europas entspricht unseren eigenen Vorstellungen und Forderungen. Wir sind entschlossen, für unseren Teil dazu beizutragen, daß die Gegensätze und Vorurteile, die heute noch das gute Einverständnis der Völker erschweren, schrittweise beseitigt werden. Es scheint uns daher unerlässlich, daß wir uns vor allem auch über die Tragweite Ihres Planes volle Klarheit verschaffen.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung

im Namen der beigefügten Unterzeichner

Ew. Excellenz sehr ergebener

(Professor Gerhard Gollwitzer)

- 3 -

DER MINISTER  
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Sehr geehrter Herr Professor!

Für Ihren Brief danke ich und bitte Sie, die Verzögerung in seiner Beantwortung entschuldigen zu wollen. Ich wollte sie persönlich übernehmen, doch die Ereignisse hinderten mich daran, dies früher zu tun.

Ich kann Sie meines völligen Verständnisses für die tiefe Besorgnis versichern, die, wie Sie schreiben, in den intellektuellen Kreisen der Deutschen Bundesrepublik durch das anhaltende Wettüben hervorgerufen wird. Ich bin erfreut über Ihre Versicherung, daß der polnische Plan für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa in diesen Kreisen lobhaften Widerhall gefunden hat.

Es wäre mir eine wahre Genugtuung, wenn meine Erläuterungen in Zusammenhang mit den von Ihnen angeschnittenen Dingen zum besseren Verstehen des polnischen Planes und seiner Konzeption beitragen.

Dies sind die in der Reihenfolge der gestellten Fragen :

1. Unserem Vorschlag hat nie die Absicht vorangeleuchtet, das bestehende Kräftegleichgewicht zwischen den beiden Gruppenbildungen anzulasten.

Wir waren stets der Auffassung, daß unsere Vorschläge nur dann auf einen Erfolg rechnen können, wenn sie zur Verstärkung des Sicherheitsgefühls der betroffenen Völker beitragen. Darin besteht ihr Ziel

Darum waren wir, auch ohne die im Westen vom Gesichtspunkt des Gleichgewichts der Kräfte gegen unseren Plan vorgebrachten Argumente zu teilen, bestrebt, diese nach Möglichkeit zu berücksichtigen. Infolgedessen erklärten wir uns mit einer Verwirklichung des Planes in Etappen einverstanden, mit der Maßgabe, daß im ersten Stadium eine Art Einfrieren des Standes der Kernwaffen- und Raketenrüstungen erfolgen würde. Diese würden nicht in den Streitkräften jener Staaten eingeführt werden, die sie noch nicht besitzen. Im zweiten Stadium würde eine vereinbarte Reduzierung der konventionellen Rüstungen und eine gänzliche Abschaffung der Kern- und Raketenrüstungen vom Territorium der Staaten der genannten Zone folgen.

Damit werden alle Bedenken gegen unsere Vorschläge hinfällig, die der Konzeption entspringen, daß die Atomwaffen in dieser Zone angeblich ein Atout des Atlantikpaktes seien, das das Übergewicht des Warschauer Paktes an anderen Waffen ausgleiche. Wir sind bereit, über alle Waffenarten zu sprechen. Nur dürfte in der Zwischenzeit die Atomrüstung in Mitteleuropa nicht auf neue Armeen ausgedehnt werden, was die Herbeiführung eines Übereinkommens immer mehr erschweren würde.

Jetzt können gegen die neue Version nur jene auftreten, die das bestehende Gleichgewicht der Kräfte zu ihren Gunsten verändern möchten. Ich bin der Meinung, man sollte alle Überlegungen der Art, daß es möglich sei, die bestehende Sachlage in Europa mit Gewalt zu ändern, fallen lassen. Man muß sie vor allem von den gefährlichsten Konfliktrisiken befreien und alsdann günstige, friedliche Voraussetzungen für positive Prozesse schaffen, die für die Sache des Friedens, der Sicherheit und des Wohlergehens der in Frage kommenden Völker wirken. Dies aber setzt Verhandlungen und gegenseitige Konzessionen voraus.

Dies ist die Idee unter anderem auch unseres Vorschlages für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa.

2. Wir schlagen entsprechende internationale Verpflichtungen vor. Abgesehen von ihrer moralischen Bedeutung ist es eine Tatsache, daß das bloße Nichtvorhandensein von Kernwaffen in der gegebenen Zone das Hauptziel für den Einsatz der zerstörerischen Waffenartgen gegen dieses Territorium beseitigen würde.  
Doch das Wichtigste: Der Hauptsinn unseres Vorschlages besteht weniger in der Bewahrung unseres Teils Europa vor den Auswirkungen dieser oder jener Waffen, vielmehr in einer Verringerung der Gefahr eines Krieges und des Einsatzes aller Arten von Waffen auf dem Territorium unserer Länder überhaupt.
3. Mir scheint, daß die Umgrenzung des Territoriums der vorgeschlagenen atomwaffenfreien Zone, wie sie von uns in Vorschlag gebracht wurde, am besten den Bedingungen entspricht, das bestehende Kräftegleichgewicht zwischen zweier Militärgruppierungen unangetastet zu lassen. Mir ist bekannt, daß gewisse Kreise den Gedanken aufwarfen, in die atomwaffenfreie Zone sowohl Ungarn als auch einige andere Länder mit einzubeziehen. Es gibt auch solche, die der Meinung sind, diese Zone sollte bis zum Ural ausgedehnt werden. Mir scheint, diese Tendenzen sind unrichtig, wenn nicht gar von dem Wunsch diktiert, die Diskussion über die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa zu komplizieren oder ad absurdum zu führen.
4. Gewiss wäre ich erfreut, stellte die ganze Welt eine atomwaffenfreie Zone dar. Dies scheint jedoch momentan nicht real zu sein und aus diesem Grunde unterbreiteten wir den Vorschlag für die Schaffung einer solchen Zone in einem begrenzten Gebiet. In einem Gebiet, dem besondere Bedeutung zukommt, sofern es darum geht, die Möglichkeit eines atomaren Konfliktes zu verhindern.  
Natürlich wäre es begrüßenswert, wenn nach Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in der von uns vorgeschlagenen Gebiet andere Staaten ähnliche Verpflichtungen übernehmen wollten. Dazu ermuntern könnte sie ein Erfolg mit der Verwirklichung dieser Zone und die gute Erfüllung der von den Staaten des Zonenbereiches übernommenen Verpflichtungen.  
Machen wir also zu Beginn nicht einen so großen, dafür aber einen realen Schritt vorwärts. Das ist die Idee, die unseren Vorschlag zugrunde liegt.
5. Ich verrete die Meinung, daß ein Kontrollsystem geschaffen werden kann, welches mit großer Wahrscheinlichkeit die Möglichkeit ernstlicher Verletzungen der Vertragsbestimmungen ausschließt. Selbstverständlich gibt es keine absoluten Garantien, sofern nicht der gute Wille vorhanden ist, die übernommenen Verpflichtungen auch einzuhalten. Die nicht allzu ferne Geschichte der Geschehnisse im selben Mitteleuropa ist ohne Zweifel ein Beweis dafür.  
Ich gehe allerdings davon aus, daß der Wunsch nach Verhinderung eines Atomkrieges ein immer allgemeinerer und aufrichtigerer wird. Somit geht es also um die Herstellung gegenseitigen Vertrauens.  
Ich meine, der Abschluß eines so wichtigen Abkommens würde dieses Mindestmaß an Vertrauen schaffen, welches daran glauben ließe, daß ein Kontrollsystem wirkungsvoll funktionieren würde. Dies aber wäre von besonderer Bedeutung, weil es der erste Schritt auf dem Gebiet der internationalen Rüstungskontrolle wäre.
6. Ich bin der Auffassung, daß sich darüber sprechen ließe, ob die UNO nicht mitwirken könnte, dafür zu sorgen, daß die Verpflichtungen der Staaten der Zone auch richtig erfüllt werden. Dies allerdings erfordert die Aufnahme sachlicher Gespräche über die Schaffung der Zone.

7. Es ist nicht Sache oder polnischen Regierung zu den Bedenken der Regierung der Deutschen Bundesrepublik Stellung zu nehmen, ob diese oder jene Maßnahme nicht eine Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik bedeute. Die Deutsche Demokratische Republik besteht und wird unabhängig von ihrer Anerkennung durch die Regierung der Deutschen Bundesrepublik bestehen. Das ist heute eine so offensichtliche Tatsache, daß verschiedene Kreise im Westen, die vor noch nicht allzu langer Zeit zu der Haltung der Regierung der Deutschen Bundesrepublik neigten, nunmehr aufhören, sie in Zweifel zu stellen.

Was die juristische Bedeutung einseitiger Erklärungen dieser Art wie die in unserem Plan suggerierten, miteinander verbundener Erklärungen anlangt, so ist es im Völkerrecht ein allgemein anerkanntes Prinzip, daß sie einen nicht geringeren Wert darstellen als internationale Abmachungen im strikten Sinne des Wortes und den Seiten - wie Verträge - verbindliche Verpflichtungen auferlegen.

8. Deutschland ist in zwei Staaten geteilt, die seit Jahren nicht einmal normale zwischenstaatliche Beziehungen unterhalten und die sich seit Jahren auseinanderleben, verschiedenen Richtungen zustrebend.

Die Wiedervereinigung Deutschlands scheint mir auch nur auf dem Wege eines allmählich fortschreitenden Prozesses möglich zu sein, eines Prozesses der Annäherung beider deutscher Staaten. Von den Formen einer solchen Annäherung scheint mir die der Konföderation die logischste zu sein. Doch unabhängig von den Formen, die der Wiedervereinigungsprozess Deutschlands annehmen kann, hängen seine Fortschritte auch von der internationalen Lage ab. Dieser Prozess muß auf ernsthafte Hindernisse stoßen, solange die gegenwärtigen Spannungen in den internationalen Beziehungen fortbestehen und solange in dieser Situation Deutschland eine so wesentliche militärische Rolle in Europa spielt. Die Verwirklichung einer atomwaffenfreien Zone in diesem Teil Europas würde gleichzeitig eine Verringerung der Spannungen und eine Verminderung der militärischen Bedeutung dieses ganzen Gebietes in Europa herbeiführen.

Was den Friedensvertrag anlangt, so glaube ich nicht, daß er in irgendwelchem Maße von der vorerwähnten Schaffung einer atomwaffenfreien Zone abhängig gemacht werden müßte.

9. Bestimmt ja. Dies wäre ein wesentlicher Schritt auf dem Wege zur Gestaltung der Beziehungen zwischen Polen und dem ganzen deutschen Volk nach den Prinzipien der Sicherheit und der gutnachbarlicher Zusammenarbeit. Eine solche Gestaltung der Beziehungen zwischen unseren Völkern wäre nach meiner Meinung die einzig richtige Schlussfolgerung aus den bitteren Erfahrungen der Geschichte.

Bislang haben solche Schlussfolgerungen Polen und die DDR gezogen.

Sehr geehrter Herr Professor!

Ich bin mir dessen bewußt, daß nicht nur Sie und Ihre Freunde eine Reihe von Zweifeln hegen und das Bedürfnis nach Erläuterungen haben - im Zusammenhang mit dem polnischen Abrüstungsvorschlag und gewiss auch in Verbindung mit vielen anderen akuten internationalen Fragen.

24. April 1959

Ich weiß sehr wohl, daß nicht alle Bedenken hinsichtlich der Projekte, die ich als richtig erachte, von dem Wunsch getragen sind, diese a limine abzulehnen. Ich weiß, die aufrichtigen Bedenken und Bemerkungen, die neue politische Schritte betreffen, vollauf zu würdigen, auch dann, wenn ich sie nicht teile.

Indem ich deshalb meiner Genugtuung über die Gelegenheit Ausdruck gebe, Ihnen, Herr Professor, und Ihren Freunden einige Erläuterungen geben zu können, denke ich auch an die anderen, die ähnliche Zweifel hegen und die nicht an mich geschrieben haben.

Ich denke daran, wieviele Bedenken durchdiskutiert, wie viele Mißverständnisse beseitigt und Zweifel geklärt werden könnten, begön-  
nen die Seiten mit ernsthaften Verhandlungen. Dazu sind guter Wille und Verhandlungsbereitschaft notwendig. Wir haben diese.

Zum Schluß - zwecks völliger Klarheit: der Vorschlag für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa ist aus unseren polnischen Interessen geboren worden. Doch gleichzeitig kann ich die Herren meiner tiefen Überzeugung versichern, daß diese Vorschläge auch den Interessen des deutschen Volkes entsprechen. Auch denen der anderen Völker. Über alle Gegensätze hinweg erhebt sich gegenwärtig das gemeinsame Anliegen einer Bewahrung von der atomaren Verzichtung.

Ich bitte Sie, Herr Professor, den Ausdruck meiner aufrichtigen Hochachtung entgegennehmen zu wollen.

gez. Unterschrift  
A. Rapacki

Warszawa, 28.3.1959.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel